

Arbeitgeberverband
Deutscher
Eisenbahnen e.V. **AGVDE**
– Eisenbahnen, Berg- und Seilbahnen, Kraftverkehrsbetriebe –

AGVDE · Volksgartenstraße 54a · 50677 Köln

50677 Köln
Volksgartenstr. 54a
Telefon (02 21) 93 18 45-0
Telefax (02 21) 93 18 45-88

Straßenbahn-Haltestellen
– Eifelplatz (Linie 12)
– Eifelstraße (Linien 6, 15, 16)

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
Dr.A./wa.

Tel.-Durchwahl

Datum
16.04.2010

**„Branchentarifvertrag“ bzw. „Fahrpersonaltarifvertrag“ für Eisenbahnen (insbes. SPNV):
ein Wettbewerbshindernis und Kostentreiber für öffentliche Kassen und Bahnkunden**

Sehr geehrte(r),

die Eisenbahnergewerkschaften TRANSNET/GDBA und GDL fordern, bei Unterschieden in den Details, seit Anfang 2009 mit zunehmender Lautstärke und Radikalität als einzig wirksames Heilmittel gegen angeblich drohendes „Lohndumping“, insbesondere für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), einen allgemeinverbindlichen „Branchentarifvertrag SPNV“ bzw. einen „Fahrpersonaltarifvertrag“ auf dem hohen Arbeitskostenniveau des sog. Marktführers DB AG, den sie noch in diesem Jahr 2010 mit bundesweiten massiven Streiks bei allen Eisenbahnunternehmen durchsetzen wollen.

In ihren Publikationen verunglimpfen die Gewerkschaften den politisch gewollten Ausschreibungswettbewerb in unserer Branche, den unsere Mitglieder als Marktchance begrüßen, als „Ausschreibungsmühle“, in deren Gefolge „Lohndumping“ in der Branche um sich greifen werde.

Unser Verband und seine 115 Mitgliedsunternehmen, von denen viele als sog. nichtbundeseigene Bahnen Eisenbahnverkehre betreiben, lehnen diese Bestrebungen der Eisenbahnergewerkschaften entschieden ab, weil allgemeinverbindliche Tarifverträge auf dem höchsten Niveau der Branche den Wettbewerb massiv behindern und zu deutlichen Kostensteigerungen für die öffentlichen Kassen und die Bahnkunden führen würden.

Selbstverständlich arbeitet keines unserer Mitgliedsunternehmen ohne einen mit ver.di, TRANSNET/GDBA und/oder GDL abgeschlossenen Tarifvertrag; alle unsere Tarifverträge haben ein Niveau, das über den Verdacht eines „Lohndumping“ vollkommen erhaben ist. Seit der Bahnreform Mitte der 1990er Jahre haben wir mit den Gewerkschaften neben unserem Flächentarifvertrag

(Eisenbahntarifvertrag-ETV; mit ver.di kürzlich bis Ende 2010 neu abgeschlossen) eine stark ausdifferenzierte Landschaft von vielen firmenbezogenen Tarifverträgen geschaffen, die den individuellen Bedürfnissen der Unternehmen angemessen Rechnung tragen, nicht zuletzt auch bezüglich eines in den unterschiedlichen Regionen wettbewerbsfähigen Vergütungsniveaus.

Diese von uns in 15 Jahren gemeinsam geschaffene sinnvolle und kostendämpfende Differenzierung wollen die Bahngewerkschaften (nicht hingegen ver.di) jetzt plötzlich wieder „platt machen“ und durch ein bundeseinheitliches Höchstniveau der DB AG ersetzen. Es liegt auf der Hand, dass dies zu einer erheblichen Verteuerung des SPNV führen würde, soweit dieser heute durch kostengünstigere Wettbewerber erbracht wird bzw. künftig erbracht werden könnte. Die logische Konsequenz wäre eine Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte bzw. eine Abbestellung von Verkehren zu Lasten der Bahnkunden.

Nach unserer Überzeugung können die Ziele der Eisenbahngewerkschaften deshalb nicht im öffentlichen Interesse liegen – ganz im Gegenteil!

Unerfindlich ist auch, wieso ein „Einheits-Branchentarif“ auf dem höchsten Niveau (der DB AG) erforderlich sein soll, um angeblich drohendes „Lohndumping“ in der Branche wirksam zu bekämpfen; für diesen Zweck wäre nach unserer Überzeugung allenfalls ein Mindestlohn-Tarifvertrag im unteren Bereich der heute konkurrierenden Tarifverträge der Branche notwendig (etwa zur Abwehr von Billiganbietern aus dem Ausland). In Wahrheit geht es den Eisenbahner-Gewerkschaften aber gar nicht um die Bekämpfung sozial unerwünschten „Lohndumpings“, sondern um die Beseitigung der in den letzten 15 Jahren vereinbarten SPNV-Tarifverträge von Wettbewerbern, die, je nach Region, in ihren Personalkosten vielleicht um 5 bis 15 %, in Ausnahmefällen um 20%, unter dem hohen Tarifniveau der DB AG liegen.

Nach unserer Überzeugung sind auch Unterschiede im Vergütungsniveau des Personals als Wettbewerbsfaktor durchaus sinnvoll, solange man nicht in die Nähe sozial unerwünschter „Dumpinglöhne“ gelangt oder diese Grenze gar unterschreitet; davon kann bei uns überhaupt keine Rede sein, da selbst ungelernte Arbeiter einen Stundenlohn von über 10,00 € erhalten. Durchschnittliche Jahresbruttoverdienste der Fachkräfte (z.B. Lokführer) von (wenigstens) 30.000,- € sind der Normalfall bei unseren Mitgliedern, so dass sozialpolitisch nicht der geringste Anlass besteht, unsere Tarifverträge durch einen teureren „Branchentarifvertrag SPNV“ zu ersetzen. Dies gilt auch deshalb, weil die Belastungen des Personals unserer Mitgliedsunternehmen, die im SPNV nur auf bestimmten Strecken und Fahrzeugtypen regional tätig sind, vielfach gar nicht mit den höheren Belastungen der bundesweit, d.h. oft heimatfern, eingesetzten DB-Mitarbeiter vergleichbar sind, so dass Unterschiede in der Vergütung sachlich durchaus gerechtfertigt sind.

Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, dass die DB AG aufgrund ihrer Größe bei fast allen anderen Kostenpositionen, die im Wettbewerb eine Rolle spielen, erhebliche Vorteile genießt, so z.B. bei ihren hohen Trassenpreiserabatten, bei den Mengenrabatten für neu angeschaffte Fahrzeuge und bei den Kreditkonditionen am Finanzmarkt. Vor diesem Hintergrund ist es für unsere Mitglieder von existenzieller Bedeutung, ihre leichten Personalkostenvorteile nicht zu verlieren.

Abschließend möchten wir Sie auch noch auf einen wesentlichen strategischen Gesichtspunkt hinweisen: Würde es künftig einen für alle Eisenbahnunternehmen verbindlichen „Branchentarifvertrag“ geben, so könnte es in künftigen Tarifrunden leicht zu Arbeitskämpfen kommen, die zur gleichen Zeit sämtliche Eisenbahnunternehmen in ganz Deutschland betreffen, was heute wegen der stark differenzierten Tariflandschaft nicht der Fall ist. Millionen von Bahnkunden, die täglich

gerade auf den SPNV angewiesen sind, wären dann noch deutlich mehr als bisher von den Eisenbahnerstreiks betroffen. Damit würde zugleich der Druck auf die öffentlichen Hände zunehmen, höhere Kosten für die Erbringung der Eisenbahnverkehre zu tolerieren. Angesichts der auf viele Jahre extrem angespannten Haushaltssituation aller öffentlichen Kassen kann ein solches Szenario kaum im öffentlichen Interesse liegen.

Gerne werden wir Ihnen bei Bedarf in einem persönlichen Gespräch unsere hier nur skizzierte Position näher erläutern. Über ein entsprechendes Gesprächsangebot aus Ihrem Hause würden wir uns sehr freuen.

Mit bestem Dank für Ihre Aufmerksamkeit in dieser für unseren Verband, unsere Mitgliedsunternehmen, die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit wichtigen Angelegenheit

verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

(Dr. Bender)
Vorstandsvorsitzender

(Dr. Ackmann)
Verbandsdirektor